

Wer hat die Alternativen?

Autor(en): **Karnath, Joachim / Mehrrens, Herbert / Gleich, Arnim v.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft**

Band (Jahr): **6 (1984)**

Heft 22

PDF erstellt am: **10.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-653353>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wer hat die Alternative?

Die Grünen im Bundestag, die Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute und die WECHSELWIRKUNG veranstalteten – wie mehrfach angekündigt – vom 11.–13.5.84 in Heidelberg eine Tagung zum Thema „Alternativen der Forschungs- und Technologiepolitik“. Es nahmen ca. 220 Leute aus dem ganzen Bundesgebiet teil, die gezielt im Umfeld der drei Veranstalter angesprochen wurden. Wir dokumentieren diese Tagung mit einem Bericht und drei Kommentaren aus der Sicht der Grünen (Arnim von Gleich), der AGÖF (Joachim Karnath) und der WECHSELWIRKUNG (Herbert Mehrrens).

Die einen sollen „alternative Forschungs- und Technologiepolitik“ machen, die zweiten versuchen mühsam, eine Alternative in Forschung und Technik selbst zu praktizieren, und die dritten schließlich wissen zumindest auf dem Papier über beides immer genau Bescheid – eine sinnvolle Ausgangskonstellation für den angesetzten Disput? Die Tagung wurde mehrfach als ein an sich schon denkwürdiger Vorgang beschrieben. Zumindest wurde der geplante zahlenmäßige Rahmen ohne größere Propagandamaßnahmen locker gesprengt. Es schien, als kannte man sich von ähnlichen Anlässen – von den regelmäßigen Tagungen in Loccum, den Jahrestagungen des Öko-Institutes oder den nationalen Redaktionskonferenzen der WECHSELWIRKUNG. Neu war vielleicht, daß man sich aus verschiedenen Bereichen – etwa Computer- und Medienbereich, Anti-Kriegsforscher oder Genforschung – gleichzeitig traf und übergreifende Interessen in den Diskussionen berücksichtigen wollte. Den Auftakt machte eine öffentliche Veranstaltung in der Heidelberger Innenstadt. Eingeflogen wurden keine geringeren als Ivan Illich aus Mexiko und Ernest Sternglass aus den USA. Ersterer führte die Teilnehmer in sein Vortragslager für Erklärungsbausteine zu unserer zivilisationsgeschädigten Neuzeit, das Mittelalter. Der „historisch beschlagene Grübler“ bewies mit seinem Kronzeugen Hugo von Sankt Viktor, einem Pariser Mönch, daß auch das 12. Jahrhundert „zur grünen Logik der Technik einen einzigartigen Beitrag geleistet hat. Wie ein von innen nach außen umgestülpter Sack eröffnet grünes Denken diese Logik der Kritik“ (Wortlaut des Referates siehe TAZ, 15.6.84, S. 12), die im engagiert vorgebrachten Referat von Sternglass über tagtägliche Auseinandersetzungen um Krebs- und Mißbildungsstatistiken und ihren möglichen Zusammenhang mit Strahlenbelastung konkretisiert wurde. Sternglass – ein Stück gelebter Widerstand, ein Spitzenphysiker, der es sich schon Ende der 50er Jahre, kurz vor dem möglichen Höhepunkt seiner Karriere, nicht nehmen ließ, gegen das Dogma von der Unschädlichkeit kleiner Strahlendosen zu Felde zu ziehen.

Doch nun zur eigentlichen Tagung: Der Samstag stand ganz im Zeichen von elf Arbeitsgruppen, die zwischen sechs und sechzig Teilnehmer hatten und unterschiedlich intensiv vorbereitet (Thesenpapiere, Referate) waren. Das Konzept, die Arbeitsgruppen zum Schwerpunkt der Tagung zu erklären, erwies sich als ausgesprochener Vorteil der Tagung.

Inhaltlich sprach man über Themen, die auch immer wieder Gegenstand der Diskussion in der WW sind: Computer, Automatisierung, elektronische Medien, Gentechnologie, Krebsforschung, Technologiefolgenbewertung, Kriegsforschung, Ökologie und schließlich Alternativen in der Wissenschaft. Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen wurden dem Plenum, gemäß gängigem Wochenendtagungsschema, am Sonntag morgen auf dem Abschlußplenum vorgestellt. Alle Arbeitsgruppen hatten den vagen Auftrag, längs einer Diskussionslinie zu ar-

beiten, die den Abbau bestehender wissenschaftlich-technischer Forschungs- und Infrastrukturen, ihren Umbau mit neuen Zielsetzungen oder den Aufbau gänzlich neuer umreißen sollte. Gemäß dieser Richtschnur, so die Vorstellung der Veranstalter, sollte auf dem Schlußplenum gemeinsam diskutiert werden. Daß, es nicht ganz so lief, lag zum einen an der unterschiedlichen Themenwahl – bei Rüstungsforschung gibt es halt nicht viel Neues aufzubauen, aber sehr viel abzubauen, ein Thema wie „Eine andere Wissenschaft in anderen Institutionen?“ läßt dagegen kräftig Raum für Spekulation und Hoffnung –, zum anderen aber auch an unterschiedlichen Ausgangsinteressen der drei Veranstalter. Darüber hinaus waren natürlich auch etliche gekommen, die nicht unmittelbar den drei Veranstaltern zuzurechnen sind, viele, die z.B. mehr in theoretischen Arbeitszusammenhängen stehen. Kennzeichnend für eine gewisse Diskrepanz mag die Tatsache sein, daß die AG über „andere Wissenschaft in anderen Institutionen“ zwar mit Abstand die meisten Teilnehmer auf sich vereinte, dem Plenum jedoch keine Information über ihre Arbeit gab. Man habe eifrig diskutiert, die Resultate hätten jedoch nicht mit den – zugegeben etwas schematisch gesetzten – Vorgaben für die Abschlußveranstaltung zu tun. In einer anderen AG dagegen zeigte man sich Overheadfolien mit detaillierten Aufstellungen über öffentliche wie private, z.T. geschickt getarnte Ausgaben für Rüstungsforschung, während in wieder einer anderen die Frage eines Moratoriums für Genforschung und gentechnologische Produktion als unmittelbare tagespolitische Forschung hitzig diskutiert wurde. Gegenüber vergleichbaren Veranstaltungen deutete sich zumindest eine neue Fragestellung an: Welche konkreten Erwartungen haben die Außenstehenden an die Grünen im Bundestag, und umgekehrt welche Anregungen erwarten sich diese für ihre Politik seitens der kritischen Wissenschaftler? Denn zumindest nach äußerlichen Kriterien haben die Grünen wenigstens einige Chancen, Einfluß auf die Forschungs- und Technologiepolitik des Bundes zu nehmen. Bloß – die Grünen müssen konkrete Vorstellungen über zu fördernde Projekte und Einrichtungen vorbringen. Hier mangelt es erstaunlicherweise trotz allem Finanzbedarf bei den in Frage kommenden Arbeitsgruppen, und so gab es letztlich nur wenige Punkte, auf die sich das Plenum einigen konnte. Dennoch schienen die meisten Teilnehmer überzeugt, daß ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung unternommen wurde.



Joachim Karnath (AGÖF)

Drei haben gerufen und viele, viele kamen

Die Heidelberger Tagung hat als Gemeinschaftsveranstaltung Menschen zusammengeführt, die in dieser Zusammenstellung und in diesem Umfang nur alle paar Jahre zusammenzubringen sind.

Der persönliche Kontakt, das persönliche Gespräch zwischen Leuten, die seit Jahren auf dem gleichen Gebiet arbeiten, aber durch -zig Kilometer und Grenzen getrennt sind, die Begegnung mit oppositionellen Wissenschaftlern ganz anderer fachlicher Gebiete, mit Menschen unterschiedlichen Erfahrungshintergrunds, aber mit ähnlichen Interessen, waren die zentralen und vielleicht längerwirkenden Ereignisse dieser Tagung.

Es wäre eine völlig überzogene Erwartung gewesen, auf dieser Wochenendtagung einen fachlichen Durchbruch oder eine neue Perspektive für bekannte Probleme zu erzielen. Der Prozeß und nicht die Ergebnisse sind von Bedeutung. Unserer Ansicht nach werden nicht so sehr die im Abschlußplenum diskutierten Ergebnisse ihre Wirkung auf die weitere Arbeit der Teilnehmer haben, sondern das jeweilige Erlebnis in den Arbeitsgruppen. Die waren freilich recht unterschiedlich zahlreich und kompetent besucht.

Das Abschlußplenum hat deutlich gemacht, daß es zu den meisten Problembereichen nicht an prinzipiellen Ansätzen für sozialverträgliche und ökologisch günstige Lösungen fehlt, sondern an detaillierterem Wissen, um jetzt und heute alternative Lösungen vorzustellen oder anbieten zu können.

Die Verhältnisse sind nicht nur gegen uns, wir wissen auch vielfach zu wenig. Dabei korrespondieren die Wissenslücken mit den Finanzierungslücken.

Dieser Umstand trifft nicht nur die AGÖF, sondern er war auch auf Feldern feststellbar, die bisher von AGÖF-Instituten kaum oder gar nicht bearbeitet werden.

Ein Ausweg aus dieser Situation hat sich nicht gezeigt. Unabhängig vom überfüllten Tagungsprogramm, das kaum noch Zeit für ungeplante Gesprächskreise zuließ, war die Bereitschaft zur Auseinandersetzung über dieses Thema insbesondere bei den Parteigrünen sehr gering. Alternative Forschungspolitik besteht jedoch nicht allein aus dem Sammeln guter Ideen.

Wenn die AGÖF einen Auftrag mit nach Hause genommen hat, dann ist es der - über die bisherigen Aktivitäten hinaus -, zur Integration der Arbeit auf vielen Gebieten beizutragen. Wie weit dies mit unserer überwiegend ehrenamtlichen Struktur zu leisten ist, werden wir ausprobieren.

Wenig optimistisch sehen wir der politischen Umsetzung der formulierbaren Ergebnisse dieser Tagung entgegen. Das parlamentarische Standbein der Bewegung zeigte sich nur selektiv an der Tagung interessiert. Dort, wo persönliche Kontakte zu Fraktionsmitgliedern bestehen, kann - wie auch in der Vergangenheit - mit einer vergleichsweise kontinuierlichen Verfolgung von brisanten Fragestellungen auf der politisch/parlamentarischen Ebene gerechnet werden. Dort, wo die Kontakte nicht bestehen, ist die Brisanz der Sachfragen nicht ausreichend, um vorhandenes Fachwissen in politische Aktivitäten einfließen zu lassen. Davon unabhängig und weiterhin sinnvoll bleibt die politische Auseinandersetzung auf allen außerparlamentarischen Ebenen.

Umriss und Strukturen einer alternativen Forschungs- und Technologiepolitik sind nur wenig

deutlich geworden. Es ist an der Zeit, daß sich die grüne Bundestagsfraktion in eine offene, auch konzeptionelle Diskussion darüber begibt und nicht länger nach dem St.-Florians-Prinzip kurzfristig von einem parlamentarisch aktuellen Thema auf das andere hüpfte. Eine Bundesarbeitsgemeinschaft „Forschung und Technologie“ wird dies auch nur dann leisten können, wenn der inhaltlichen Verzahnung zu anderen Bundesarbeitsgemeinschaften wie Neue Medien/Informationstechnologien oder Wirtschaft Rechnung getragen wird. Schließlich wird sich die grüne „Politikfähigkeit“ auch daran zeigen müssen, ob die Frak-

Herbert Mehrrens (WW)

Die Alternative ist die Vielfalt

Unter den gemischten Gefühlen, mit denen wir von der WECHSELWIRKUNG aus Heidelberg zurückgekommen sind, war nicht viel Enttäuschung. Bei der Vorbereitung der Tagung war uns klar geworden, daß wir nicht mehr erwarten konnten als einen Treffpunkt, eine Bestandsaufnahme und vielleicht einige Ansätze zu weiterer Arbeit. Nun, es hat die vielen persönlichen Begegnungen am Rande gegeben, die eine größere Tagung lohnend machen, die Diskussionen waren gut und manchmal auch wichtig und fruchtbar, und es gab verschiedene Ansätze, mehr zu tun. Wir können - in Maßen - zufrieden sein.

Wir sind mit zwei Zielen an die Vorbereitung gegangen. Das eine war ganz pragmatisch: ein bißchen Propaganda machen für unsere Zeitschrift, wichtige Themen und neue Autoren finden. Das andere war sozusagen der Gründungsauftrag der WW: Kondensationskern oder Keimzelle einer Bewegung kritischer, linker Naturwissenschaftler und Ingenieure zu sein. Der Anspruch ist mittlerweile zu der realistischen Perspektive zusammengeschrunpft, daß wir ein Teil, sozusagen ein Knoten im Netzwerk der verschiedenen politischen Bewegungen im Zusammenhang mit Naturwissenschaft und Technik sein können. Dazu wollen wir nicht nur eine Zeitschrift machen, sondern auch an wichtigen Aktionen teilnehmen oder sie anregen.

Mit welchen politischen Zielen, auch gegenüber unseren Partnern bei der Tagung, den Grünen und der AGÖF, wir in die Vorbereitung gehen sollten, konnten wir nicht so leicht bestimmen. Wie bestimmt man denn die „Alternativen“ der Forschungs- und Technologiepolitik? Und welche Rolle spielen die Grünen in Bonn für uns, insbesondere da, wo es um Wissenschaft und Technik geht? Mit der AGÖF haben wir es leichter. Die alternativ institutionalisierten Forscher sind ein Teil der Öffentlichkeit, für die wir arbeiten, aber sie sind eben nur ein Teil. Bei den Grünen ist das ebenso, allerdings mit einer gewissen Ambivalenz, die schon in Zahlen zum Ausdruck kommt. Die AGÖF repräsentiert ungefähr 40 Forschungsinstitute. Die grünen Bonner Wissenschafts- und Technologiepolitiker zählen kaum mehr als eine Handvoll Menschen. Wen repräsentieren sie?

Auf jeden Fall repräsentieren sie uns gegenüber dem System parlamentarischer Politik. Das war während der Tagung und bei der Vorbereitung immer wieder zu spüren. Die institutionalisierte

tionen mit dem in Heidelberg anwesenden, dezentralen Know-How zusammen arbeiten können, oder ob sie die Flucht in das „eigene“, grüne Forschungsinstitut antreten - gemäß dem Regierungsmodell einer hauseigenen Großforschung.

Heidelberg war ein punktuell, aber ausgesprochen wichtiges Ereignis, von dem möglicherweise eine längerfristige - aus unserer Sicht notwendige - Zusammenarbeit erwachsen kann; Zusammenarbeit zwischen parlamentarischen Mandats- und Fraktionsträgern, kritischer Publizistik, kritischen Fachleuten in konventionellen Institutionen und freien Forschungsinstituten. Diese Zusammenarbeit wird nicht von selbst entstehen. Einige Fragen dazu sind aufgeworfen. Sie sind in der nächsten Zeit zu beantworten. Δ

Öffentlichkeit interessierte sich vor allem für die Grünen. Und die waren, was die Öffentlichkeitsarbeit anlangt, zwar alles andere als perfekt, aber weitaus geschickter und auch interessierter als die anderen. Natürlich hatten die Grünen, das heißt immer die Bonner AG Forschungs- und Technologiepolitik, auch ihre Interessen an der Tagung. Und Publizität war eines dieser Interessen. In dieser Hinsicht waren WW und AGÖF Trittbrettfahrer.

Das andere Interesse der Grünen war, so etwas zu finden wie Politikberatung. Allein die Adressenliste der Tagungsteilnehmer ist in dieser Hinsicht ein Ergebnis der Tagung. Das Projekt einer Bundes-AG der Grünen zu Forschung und Technik mit enger Verbindung zur Bonner AG ist ein anderes Ergebnis. Eine AG zur Gentechnologie wird gerade gegründet. Das sind wichtige Aktivitäten, ohne Zweifel.

Zu bedenken allerdings ist, ob nicht vielleicht manchmal ein schlechter Handel abgeschlossen wird. Die AG zur Technologiefolgenabschätzung war auf der Tagung am nächsten an praktischer Politik, denn einerseits gibt es Gesetzentwürfe zur Institutionalisierung von TA, und andererseits gibt es die Experten, darunter nicht wenige professionelle linke Wissenschaftskritiker und Sozialwissenschaftler. Folgerichtig ging es in der Arbeitsgruppe um Institutionalisierungsstrategien. Und prompt kam, wenn auch nicht von der Mehrheit akzeptiert, die Forderung nach einem großen staatlich finanzierten Institut.

Hier war etwas wiederzufinden von dem alten Handel zwischen Wissenschaft und politischer Macht. Die Wissenschaftler wollen Geld und öffentliche Anerkennung, staatlich sanktionierte Institutionen und damit ein kleines Stück von der Macht, und dafür stellen sie ihre Kompetenzen zur Verfügung und legitimieren die staatlich-parlamentarische Politik. Sie können zwar über Politik reden, aber praktisch verzichten sie darauf, Politik auch zu machen. Das wird an die Repräsentanten abgegeben. Die Voraussetzungen für diesen Deal waren auf der Konferenz deutlich zu spüren. Wenn die Grünen Berater und Publizität suchen und die alternativen Wissenschaftler nach den Geldquellen des BMFT und der Grünen Partei und nach dem öffentlichen Interesse schielen, das die Grünen mitbringen, dann besteht die Gefahr, daß sich die alte Seilschaft von Wissenschaft und Macht etwas weiter links auf schwieriger Piste auf dem Weg nach oben wiederholt.

Das andere, die Politik nämlich, die nicht in

Bonn gemacht wird, war auf der Tagung auch vertreten. Es war bei weitem nicht so, daß es nur von augenzwinkernden Händlern wimmelte. Die AG zur Rüstungsforschung z.B. konnte sehr klare Forderungen an die Bonner stellen, daß bestimmte Haushaltstitel detailliert veröffentlicht werden, um die Parlamentarier dadurch wieder für außerparlamentarische Bewegungen nützlich zu machen. Sie stieß dabei aber auf das Ressortproblem: Die Grünen, die für Rüstung zuständig sind, haben mit den F.u.T.-Grünen nichts zu tun, und wenn die einen eine Tagung machen, müssen die anderen nicht unbedingt daran interessiert sein.

Verschiedenste Aktivitäten und Interessen haben sich auf der Tagung zusammengefunden, solche, die an Staatsknete und parlamentarischer Politik unmittelbar interessiert sind, und solche, denen das mehr als fern ist. Jede Gruppe, die sich formiert, jede Unternehmung, in der ökologische Forschung gemacht oder alternative Technologie produziert wird, ist Politik.

Hier werden gesellschaftliche Perspektiven praktisch gemacht. Sich zu treffen, um darüber zu sprechen, was denn „ökologisch“ oder „alternativ“ sei, ist wichtig, um den eigenen Standort zu bestimmen und etwas Kraft auch aus der Vielfalt der anderen zu beziehen. Diese Praxis und diese Kraft sind die wichtigsten Ausgangspunkte einer „alternativen“ Forschungs- und Technologiepolitik. Wenn es dazu auch die Gruppe in Bonn gibt und es der sogar gelingt, Geld für die dringend notwendige Alternative locker zu machen, dann ist das prächtig. Ein Titel im BMFT-Haushalt, aus dem die Entwicklung der AGÖF-Institute, der Wissenschaftsläden, der kritischen Wissenschaftsforschung, der Verknüpfung von Technikentwicklung und politisch-sozialwissenschaftlicher Bestimmung von Technikzielen und vieles mehr gefördert würde, wäre nicht schlecht. Wir sollten uns allerdings hüten, dabei, ohne daß wir es wollen, in den alten Handel von Wissenschaft und Macht zu geraten. Δ

Arnim v. Gleich (Die Grünen im BT)

Das schwierige Verhältnis von parlamentarischer und Bewegungspolitik

Die Erwartungen, die wir Grünen an die Heidelberger Tagung knüpften, ergeben sich weitgehend aus der politischen Situation des oppositionellen Spektrums im Bereich Forschung und Technologie (F. und T.), als dessen Teil wir uns begreifen.

Die „Wende“ hat im Bereich F. und T. eigentlich kaum stattgefunden. Sie war auch gar nicht nötig, weil es schon seit geraumer Zeit eine große Koalition der „Modernisierer“ gibt, die von der „Modell-Deutschland-Fraktion“ der SPD und der Schiene Späth/Biedenkopf/Riesenhuber gebildet wird und vor allem eine Spitzenposition der BRD auf dem Weltmarkt anstrebt. Flankiert wird dieses politische Zentrum von denjenigen in der SPD, die die Folgen dieser Modernisierung noch etwas stärker abfedern wollen, und den Hardlinern in der CDU, die immer noch ungebrochen auf härteste Grochtechnologien wie Schnelle Brüter, WWAs und demnächst wohl auch Weltraumwaffen setzen.

Da wir Grünen hier also die einzige Opposition sind, gleichzeitig aber noch Schwierigkeiten sowohl bei einer bis ins einzelne gehenden Kritik als auch große Lücken bei der Darstellung der von uns angestrebten Alternativen haben, besteht die Hauptorientierung unserer parlamentarischen Initiativen weniger in realpolitischer konstruktiver Oppositionsarbeit, sondern eher in einer möglichst authentischen Darstellung unserer fundamentalen Opposition. Aus dieser Situation heraus ergab sich für Heidelberg das Bedürfnis nach Schärfung und Präzisierung unserer Kritik vor allem in den aktuellen Bereichen Gentechnologie, Informationstechnologien und Rüstungsforschung und nach einer Klärung strategischer Fragen (Tabus?, Moratorium?, Boykott?, pauschale Ablehnung oder differenzierte Kritik mit Blick auf mögliche politische Aspekte?)

Gleichzeitig ging es uns darum, die Reichweite von Begriffen zu bestimmen, mit denen wir arbeiten, wie Sackgassentechnologie, harte Technik, Großtechnik, angepaßte Technik, ökologische, sanfte oder feministische Wissenschaft usw. Dies sollte anhand von frei zu wählenden

oder vorgegebenen Beispielen geschehen. Schließlich ging es unter den Leitfragen des ganzen Kongresses nach Abbau, Aufbau und Umbau um die Erarbeitung differenzierter Positionen zum Umgang mit dem ganzen Industriesystem. Hier gilt es der Schlüsselposition gerecht zu werden, die F.- und T.-Politik seit dem Übergang zur stofflichen Kritik der Produktivkräfte einnimmt.

Ein weiterer Schritt zur Präzisierung der von uns verwendeten Begriffe und der Kritik der modernen Technologien ist wohl geglückt. In strategischen Fragen kam allerdings ein ziemlicher Dissens zum Vorschein. Hier ist die Weiterführung einer breiten Diskussion – eventuell im Rahmen von Bundesarbeitsgemeinschaften – offensichtlich notwendig.

Konkrete Ergebnisse für die parlamentarische Praxis brachten die AGs zur Technikfolgenabschätzung. Hier haben wir inzwischen unsere Vorstellungen mit einem Antrag an den F.- und T.-Ausschuß eingebracht, und zur Rüstungsforschung, wo sich eine sehr gute Hilfestellung für die Haushaltsdiskussion abzeichnet, eine große Anfrage zur militärischen Weltraumforschung gestellt.

Zumindest aus der Bonner Perspektive sieht es so aus, als ob die zentrale Stellung der Universitäten und damit auch der universitären Opposition vorbei wäre. In vielen Bereichen, angefangen von Kernforschungszentren bis zu Bayer und Höchst, gibt es aber eine Opposition, die große Schwierigkeiten hat, sich zu äußern und zu organisieren. Hier stellte sich für Heidelberg und danach die Frage, ob die Konstellation der drei Veranstalter ein offensichtlich fehlendes gemeinsames Forum darstellen könnte, das auch noch über die grüne Fraktion als Transmissionsriemen für die parlamentarische Ebene und als Sprachrohr genutzt werden kann. Das große Interesse an der Tagung sprach wohl dafür. Da aber nicht öffentlich eingeladen wurde, läßt sich das nicht abschließend beurteilen. Hier würde ein zweiter, größerer und öffentlicher Kongreß Klarheit

schaffen.

Im Zusammenhang mit den neuen sozialen Bewegungen gab es in der BRD eine ganze Reihe der für den „Apparat“ so gefährlichen Aufsteiger, die gleichzeitig im Zusammenhang mit den Anti-AKW-Prozessen und den Bürgerinitiativen auch ein weites Betätigungsfeld für sich fanden. Heute kämpfen die AGÖF-Institute aber vor allem mit Geldsorgen und darauf aufbauend mit einer fehlenden und doch für Forschung so wichtigen langfristigen Perspektive. Einige AGÖF-Mitglieder sind deshalb schon wieder dabei einzusteigen. Andere setzen große Hoffnungen auf die Grünen. Für die weitere Klärung der Frage, wie wir uns gegenseitig unterstützen können, hat der Heidelberger Kongreß eigentlich nichts gebracht. Die Vorbereitungsgruppe hatte die Wünsche vieler Teilnehmer auf finanzielle Unterstützung durch die Grünen kaum bedacht und für eine entsprechende Diskussion auch keinen Raum vorgegeben. Andererseits sind uns Grünen aufgrund des Parteienfinanzierungsgesetzes für den Einsatz von Steuergeldern (mit Recht!) enge Schranken gesetzt.

Die dritte große Gruppe im oppositionellen Spektrum des F.- und T.-Bereichs sind die zahlreichen Basisinitiativen und Gruppen, die im Zusammenhang mit der Gewerkschaft, der Ökologiebewegung, der Frauen- und der Friedensbewegung entstanden sind. Viele dieser Initiativen haben ein recht gespaltenes Verhältnis zu grünen Fraktion oder Partei. Einerseits betrachten sie sie als ihren parlamentarischen Arm und verlangen zu Recht organisatorische und materielle Unterstützung für ihre Arbeit, andererseits befürchten sie über die Grünen in den „Apparat“ integriert zu werden, woraus sich Mißtrauen und starke Abgrenzungstendenzen ergeben. Für Heidelberg und danach stellte sich also die Frage, ob es eine Form der Zusammenarbeit gibt, die wechselseitige Instrumentalisierung als „kopfloser Arm der Bewegung“ oder als „bloßen Zuarbeiter der Fraktion“ in Grenzen hält.

Ich glaube, daß in Heidelberg zumindest einige Vorurteile gegen die Grünen abgebaut wurden, und es wäre zu hoffen, daß die zu gründende Bundesarbeitsgemeinschaft „F. und T.“ zusammen mit der schon länger arbeitenden BAG „Computer und Medien“ eine entsprechende Form findet.

Wir hatten aber noch weitergehende Vorstellungen, nämlich den Anfang zu machen, beim Aufbau eines breiten Forums für das ganze oppositionelle Spektrum in der F.- und T.-Politik, das analog zu den „Concerned Scientists“ in den USA arbeiten sollte. Hier sind meine Hoffnungen inzwischen merklich gedämpft, vor allem auch hinsichtlich der Rolle, die die Grünen dabei spielen könnten. Wahrscheinlich ist es sinnvoller, uns aus solchen Überlegungen vorerst herauszuhalten. Erstens könnte eine mögliche Zuordnung zu „grün“ die oppositionelle Arbeit in den Institutionen unnötig erschweren, und zweitens würden die Auseinandersetzungen um das Verhältnis von parlamentarischer und Bewegungspolitik sowie die materiellen Erwartungen an die Grünen das Forum unnötig belasten. Dieses Forum ist aber nach wie vor notwendig zur Erlangung der kulturell-politischen Hegemonie gegen die große Koalition der produktivistischen Modernisierer.

Die Gründungsversammlung zu einer Bundesarbeitsgemeinschaft „Forschung und Technologie“ der Grünen findet am 22.9.1984 um 11 Uhr, HT 12, Bundeshaus in Bonn statt. Informationen über Helmfried Meinel, Tel.: 0228/16 90 98. Δ